

Gemeinde Wustermark

Der Bürgermeister



Antrag

Nr.: A-032/2019
öffentlich

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Gemeindevertretung	13.08.2019	öffentlich

Antrag der SPD-Fraktion zur Gemeindevertreterversammlung am 13.08.2019 hier: Einrichtung eines temporären Ausschusses zur Lösung der KITA-Problematik

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt gem. § 43 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf die Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses mit dem Namen „KITA-Eilausschuss“ zur Lösung der KITA-Problematik in der Gemeinde Wustermark.

Aufgabe des Ausschusses soll es sein – in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung – zügig Maßnahmenpakete zu erarbeiten, mit welchen dauerhaft hinreichend KITA-Plätze in der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden können.

Zu einem solchen Maßnahmenpaket gehört es u.a. auch, kurz- und langfristige Maßnahmen zu identifizieren, um:

1. Die Wartelisten für die KITA-Plätze schnellst möglich auf null zu reduzieren.
2. Die Wertschätzung von Erzieher*innen im Gemeindegebiet zu erhöhen.
3. Die Kindertagesstätten mit hinreichenden personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten.

Die Maßnahmenpakete sollen der Gemeindevertretung jeweils zügig als Beschlussempfehlungen vorgelegt werden.

Antragsbegründung:

Junge Bürger*innen sind die Zukunft der Gemeinde Wustermark. Dementsprechend ist es fast alternativlos deren Förderung absolute Priorität einzuräumen. Jeder gegenwärtige Fehler, jedes gegenwärtige auch nur teilweise Zögern wird sich potenziell negativ auf die Zukunft der heute schützenswertesten und schwächsten Bewohner*innen der Gemeinde auswirken.

Die SPD erkennt die bisherigen Bemühungen – im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel – durch die Gemeindeverwaltung an. Dennoch ist zu konstatieren, dass jeder Wartelistenplatz ein Platz zu viel ist. Mit Blick auf eine weiterwachsende und prosperierende Gemeinde muss die mehr als hinreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Kindertagesstätten zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Nach Kenntnis der SPD werden stetig Beschwerden und Problemlagen in unterschiedlicher Form artikuliert, teilweise an die Gemeindeverwaltung herangetragen. In manchen Teilen jedoch auch nicht. Zudem war die KITA-Problematik Bestandteil des vergangenen Kommunalwahlkampfes. Dabei sind gerade solche Themen nicht geeignet, um auf dem Rücken aller Betroffenen ausgetragen zu werden.

In den vergangenen Jahren wurde die Problematik fortlaufend thematisiert. Eine abschließende Lösung aller damit einhergehenden Herausforderungen scheint dennoch nicht in Sicht. Deshalb hält es die SPD für geboten, keine weiteren Verzögerungen hinzunehmen und in einem gesonderten, temporären Ausschuss alle Problemlagen, Herausforderungen, notwendigen Haushaltsmittel und Lösungsansätze zu identifizieren, um das Problem dauerhaft zu lösen.

gez. Steven Werner
Fraktionsvorsitzender SPD

Az.:
22.07.2019